Antrag B-04
SPD-Unterbezirk Hildesheim

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK

Für eine stabile und ausreichende Finanzierung des zweiten Bildungsweges

Anspruch sozialdemokratischer Bildungs- und Gesellschaftspolitik ist, allen Menschen einen Schulabschluss zu ermöglichen. Ein Anspruch, den der erste Bildungsweg nicht einlöst, und der über die Angebote des zweiten Bildungsweges realisiert werden muss.
Die finanziellen Rahmenbedingungen erschweren allerdings die Finanzierung und Organisation des zweiten Bildungsweges durch die Volkshochschulen in Niedersachsen.
Der Bezirksparteitag fordert die SPD-geführte Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für eine stabile und ausreichende Finanzierung des zweiten Bildungsweges einzusetzen und den zweiten Bildungsweg damit zu stärken. Zu dieser Stärkung gehört auch, eine der Ausbildung der Beschäftigten angemessene Bezahlung sicherzustellen. Auch hierzu bedarf es eines stärkeren Engagements der Landespolitik.

Begründung
Der 2. Bildungsweg ist mit seinem Angebot, unterschiedliche Schulabschlüsse nachzuholen, für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein zentraler Baustein der Bildungspolitik.
Die finanziellen Rahmenbedingungen erschweren jedoch die Finanzierung und Organisation des 2. Bildungsweges durch die Volkshochschulen in Niedersachsen.

- Mittel aus dem Niedersächsisches Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG) reichen nicht aus, um die Kosten für die Unterrichtseinheiten abzudecken.
- Prüfungen müssen von den Kostenträgern organisiert werden, die diese Aufgabe unentgeltlich ausführen sollen. Hinzu kommt, dass die Bezahlung der Prüferinnen und Prüfer durch die Landesschulbehörde in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen Aufwand steht.
- Die biographischen Hintergründe der Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer machen oftmals eine sozialpädagogische Begleitung der Kurse erforderlich, um die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer zu einem erfolgreichen

Für eine stabile und ausreichende Finanzierung des zweiten Bildungsweges
Der Bezirksparteitag fordert die SPD-geführte Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für eine stabile und ausreichende Finanzierung des zweiten Bildungsweges einzusetzen und den zweiten Bildungsweg damit zu stärken. Zu dieser Stärkung gehört auch, eine der Ausbildung der Beschäftigten angemessene Bezahlung sicherzustellen. Auch hierzu bedarf es eines stärkeren Engagements der Landespolitik.

Abschluss zu führen.

- Die Integration der Zugewanderten wird auch eine Aufgabe und Herausforderung für den zweiten Bildungsweg und die Bildungsträger sein.